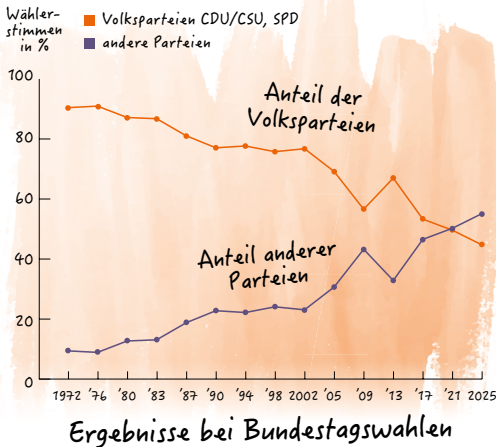


Politische Parteien





Was sind Parteien?

Politische Parteien sind Zusammenschlüsse ...



- *von Personen*
- *mit gemeinsamen politischen Interessen und*
- *dem Ziel, über Wahlen politische Herrschaft zu erlangen.*

Parteien sind Bindeglieder zwischen Gesellschaft und Staat: Zum einen sind sie durch Parteimitgliedschaften in der Bevölkerung verankert. Zum anderen zeigt sich ihre Bedeutung durch die Teilnahme an Wahlen, von der Kommunal- über die Landes- und Bundespolitik bis hin zur europäischen Ebene, sowie durch die Besetzung politischer Ämter und Mandate im repräsentativen System. Diese doppelte Verankerung und ihre besondere Bedeutung wird in Artikel 21 Grundgesetz (GG) deutlich: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Parteien sind in der Regel auf nationaler Ebene organisiert. Auf europäischer Ebene schließen sie sich zu Parteifamilien – ideologisch verwandten Bündnissen, die grenzüberschreitend kooperieren – zusammen (→ Spicker Nr. 34, S. 4).

i *In Deutschland entstanden politische Parteien im heutigen Sinne in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie formten sich aus den prägenden gesellschaftlichen Konflikten dieser Zeit: In der industriellen Revolution entstand aus der Arbeiterbewegung die **Sozialdemokratie**. Der Konflikt zwischen Katholizismus und protestantischem Staat mündete in der Gründung der **Zentrumspartei**. Beide entstanden als Volksbewegungen außerhalb der Parlamente. **Liberale** und **Konservative** hingegen formierten sich innerhalb des Reichstags – die einen als Vertretung wirtschaftlicher Freiheit, die anderen als Verteidiger der traditionellen Ordnung.*



Funktionen von Parteien

In demokratischen Systemen erfüllen Parteien folgende Funktionen:

Interessenaggregation, -artikulation und -repräsentation:

Parteien sammeln und vertreten gesellschaftliche Interessen. Sie geben Gleichgesinnten eine gemeinsame Stimme in der öffentlichen politischen Diskussion. Zudem vertreten sie diese Menschen aktiv in politischen Institutionen, also in Parlamenten und Regierungen.

Formulierung politischer Inhalte: Parteien entwickeln politische Programme. Diese Programme definieren ihre politischen Ziele und Lösungsansätze für bestimmte Themen und sind eine zentrale Grundlage für die Wahlentscheidung.

Rekrutierung politischen Personals: Parteien wählen Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen aus, schulen politische Nachwuchskräfte und stellen im besten Fall sicher, dass politische Ämter mit fähigen Personen besetzt werden.

Regierungsbildung und Oppositionsarbeit: Bei Wahlen erfolgreiche Parteien übernehmen Regierungsverantwortung und bringen ihre politischen Programme ein. In Deutschland sind dabei meist Kompromisse nötig, da Koalitionen von mehreren Parteien die Regel sind. Nicht an der Regierung beteiligte Parteien haben in der Opposition eine wichtige Funktion, indem sie Regierungshandeln kontrollieren und alternative Politikansätze anbieten.

Mobilisierung und Integration der Wählerschaft: Parteien organisieren Wahlkampagnen, informieren die Bevölkerung über politische Prozesse und bieten eine Identifikationsmöglichkeit für politisch interessierte Bürger/-innen. Parteien tragen außerdem zur Stabilität des politischen Systems bei, indem sie Menschen an der politischen Willensbildung beteiligen.



Organisation und Ausrichtung von Parteien

Parteien in Deutschland sind vor allem Mitgliederparteien. Art. 21 GG schreibt vor, dass sie nach demokratischen Grundsätzen organisiert sein müssen. Die innerparteiliche Willensbildung vollzieht sich formal von der Parteibasis zur Parteispitze (*bottom up*). Wie das konkret ausgestaltet wird, entscheiden die Parteien selbst. Ergänzend zu Parteitag, auf denen Delegierte (von der Basis entsandte Vertreter/-innen) Entscheidungen treffen, greifen einige Parteien auch auf plebiszitäre Verfahren wie Mitgliederentscheide zurück.

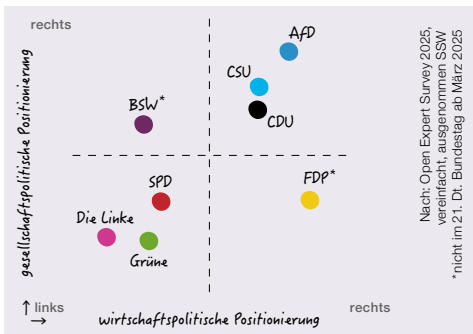
Aufbau: Mitglieder einer Partei eint ein gemeinsamer Wertekanon. Darüber hinaus können sich die Interessen innerhalb einer Partei unterscheiden. Parteien untergliedern sich in Bundes-, Landes-, Regional- und Kommunalverbände, die zwar ein Eigenleben entwickeln können, insgesamt jedoch als Einheit zusammenwirken. Häufig bilden sich je nach Interessenvielfalt Unterorganisationen. Sie orientieren sich an ideologischen oder inhaltlichen Prägungen (z. B. Arbeitsgruppen, Parteiflügel) oder soziodemografischen Merkmalen (z. B. Jugend, Frauen oder Senioren). Parteien ringen somit auch intern um inhaltliche sowie personelle Fragen und um die generelle Ausrichtung der Partei.

Finanzen: Parteien finanzieren sich vor allem durch staatliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge und Spenden. Die staatliche Parteienfinanzierung bemisst sich an Wahlergebnissen sowie eigenen Einnahmen der Parteien und soll die Erfüllung der vom Grundgesetz und dem Parteiengesetz übertragenen Aufgaben sichern. Kritisiert wird daran, dass sie etablierte Parteien bevorzugt, weil diese durch vergangene Wahlerfolge eine bessere Ausgangslage haben. Auch Spendenregeln stehen in der Kritik. Erst ab 10.000 Euro pro Spende müssen die Namen der Spender/-innen genannt werden. Ein Großteil der Spenden liegt jedoch unter ➔

diesem Wert und Stückelungen sind möglich. Zudem besteht die Gefahr politischer Einflussnahme durch Großspenden.

Ausrichtung: Parteien werden oft auf einem **Links-Rechts-Spektrum** verortet. Genauer ist eine zweidimensionale Darstellung (→ Grafik unten): **Wirtschaftspolitisch** stehen linke Positionen für staatliche Markteingriffe und Umverteilung, rechte für den freien Markt. **Gesellschaftspolitisch** stehen linke Positionen (hier: unten) eher für Gleichstellung und Selbstbestimmung, rechte Positionen (hier: oben) wiederum setzen auf traditionelle Werte und unterstützen u. a. ein staatliches Durchgreifen in Sicherheitsfragen.

Eine Analyse ergab folgende programmatische Ausrichtung der vor der Bundestagswahl 2025 im Bundestag vertretenen Parteien:



● **AfD:** Alternative für Deutschland ● **BSW:** Bündnis Sahra Wagenknecht
● **CDU:** Christlich Demokratische Union Deutschlands ● **CSU:** Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. ● **FDP:** Freie Demokratische Partei ● **Grüne:** Bündnis90/Die Grünen ● **SPD:** Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Typologie von Parteiensystemen

Parteien gibt es in Demokratien ebenso wie in autokratischen Staaten. Der Wettbewerb unterscheidet sich aber deutlich und auch zwischen Demokratien gibt es Unterschiede:

- Einparteiensystem (z. B. China): Eine Partei dominiert das politische System ohne Konkurrenz. Dies verletzt das demokratische Gebot von Pluralität und ist in Autokratien oder Scheindemokratien zu finden.
- Zweiparteiensysteme (z. B. USA): Zwei große Parteien stehen im Wettbewerb zueinander und wechseln sich in der Regierung ab.
- Mehrparteiensysteme (z. B. Deutschland, → S. 7): Mehrere Parteien konkurrieren im Wettbewerb und müssen sich in der Regel zur Regierungsbildung zusammenschließen (koalieren).

Leitfragen zur Bestimmung von Parteiensystemen:

Numerische Kriterien	Format	Wie viele Parteien gibt es?
	Fragmentierung	Wie zersplittert ist die Parteienlandschaft?
	Symmetrie	Gibt es eine übermächtige Partei oder viele starke?
	Volatilität	Wie verändern sich die Größenverhältnisse von Wahl zu Wahl?
	Regionalisierung	Wie stark sind die Parteien über das Land verteilt?
Inhaltliche Kriterien	Polarisierung	Wie weit liegen Parteien inhaltlich auseinander? (→ Grafik S. 5)
	Segmentierung	Ergeben sich Mehrheiten? (Koalitionsfähigkeit der Parteien, Verhältnis zwischen rechnerisch möglichen und tatsächlich realisierbaren Koalitionen)



Parteiensystem der Bundesrepublik

1949–1960er: Konsolidierung Nach dem Krieg etablieren sich CDU/CSU (Union) und SPD als Volksparteien, die FDP (Liberale) als dritte Kraft. Die Unionsparteien dominieren die Regierungsbildungen. Kleine Parteien verschwinden 1953 durch die Fünf-Prozent-Hürde aus dem Bundestag. Die KPD wird 1956 verboten.

1970er–1980er: Erste Erweiterung Die Grünen entstehen aus Umwelt- und Protestbewegungen und ziehen 1983 in den Bundestag ein, wo sie sich bald als vierte Größe etablieren.

1990er: Transformation Mit der deutschen Einheit tritt die aus der SED (→ Spicker Nr. 35, S. 3) hervorgegangene PDS ins gesamtdeutsche Parteiensystem ein. Die Grünen fusionieren mit dem Bündnis 90, einem Zusammenschluss verschiedener DDR-Bürgerrechtsgruppen.

2000er: Fragmentierung nach links Die Linke entsteht 2005 aus der Fusion von PDS und WASG, einer Abspaltung der SPD. Diese wiederum verliert aufgrund der Agenda-2010-Reformen zahlreiche eher links orientierte Stammwähler/-innen.

2010er: Fragmentierung nach rechts Die AfD wird 2013 in Reaktion auf die europäische Staatsschuldenkrise gegründet und zieht 2017 in den Bundestag ein. Sie etabliert sich als rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Kraft und verändert das Parteiensystem. Die Volksparteien verlieren weiter an Zuspruch (→ S. 1).

2020er: Zunehmende Polarisierung Die Parteien driften inhaltlich weiter auseinander. 2024 entsteht das BSW als Abspaltung von der Linken. Koalitionsbildungen werden schwieriger. 2024 endet das erste Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FDP frühzeitig. Die Bundestagswahlen 2025 gewinnt zwar die Union; der Wahlsieg wird aber eher den Rändern zugesprochen: Die Linke verzeichnet deutliche Gewinne, die AfD wird zweitstärkste Kraft.



Aktuelle Entwicklungen

In Deutschland und vielen anderen Ländern stehen Parteien vor erheblichen Herausforderungen:

Mitgliederrückgang: Durch gesellschaftlichen Wandel und Individualisierung verlieren Parteien an Bindungskraft und damit an Mitgliedern, viele Bürger/-innen engagieren sich politisch eher projektbezogen oder über neue Bewegungen. Das macht es schwieriger für Parteien, ihre Funktionen im politischen System zu erfüllen. Um ihrem Selbstverständnis als Mitgliederparteien gerecht zu werden, müssen sie aktiv neue Mitglieder gewinnen und durch moderne Strukturen sowie qualifiziertes Personal zur Mitgestaltung, Vernetzung und damit zur Partizipation einladen.

Polarisierung und Radikalisierung: Die Polarisierung erschwert Koalitionsbildungen: Einerseits werden die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteien größer und andererseits werden die Differenzen zwischen den einzelnen Parteivertreterinnen und -vertretern stärker spürbar: Der Ton in der politischen Auseinandersetzung wird rauer und aggressiver. Zudem stellen populistische und extremistische Strömungen für demokratisches Regieren ein erhebliches Problem dar, weil sie Minderheitenrechte missachten und demokratische Prozesse insgesamt infrage stellen. Die AfD wird vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft. Ihr Verbot wird immer wieder diskutiert, die verfassungsrechtlichen Hürden dafür sind allerdings hoch (→ Spicker Nr. 33, S. 6).

Problemlösekompetenz: Die Stabilität des politischen Systems wird in den kommenden Jahren stark von der Fähigkeit der regierenden Parteien abhängen, die für Bürger/-innen wichtigsten Probleme – laut Infratest-dimap-Umfrage waren das im Januar 2025 die Themen Migration/Flucht, Wirtschaft, Krieg und Frieden, Klimawandel sowie soziale Gerechtigkeit – anzugehen und zu lösen.